

Handelsblatt

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Handelsblatt“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschließlich Posten) beträgt 2,00 Reichsmark. Der vierteljährliche Preis beträgt 5,00 Reichsmark, der halbjährliche 10,00 Reichsmark, der jährliche 20,00 Reichsmark. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pfennige. Die Postgebühren werden nach dem Tarif für Zeitungsblätter berechnet. Die Zeitungsblätter werden auch als Abonnementsblätter abgenommen. Die Zeitungsblätter werden auch als Abonnementsblätter abgenommen. Die Zeitungsblätter werden auch als Abonnementsblätter abgenommen.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Zum Generaldirektor der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wurde vom Reichspräsidenten Herr Dr. Brüning Herr Generaldirektor Dr. Dörpmüller als Nachfolger Dr. Defers ernannt.

Das Gesetz über den Freisabbau geht dem Reichstag noch in diesem Monat zu. Nach den Erklärungen des Reichswirtschaftsministers gegenüber gewerkschaftlichen Vertretern soll das Freisabbaugesetz vor der Sommerpause verabschiedet werden. Die Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums mit den Erwerbslosen haben nach ihrem Abschluß.

In der Reichsbankverwaltung der nordwestlichen Gruppe des Reichs deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wurde ein Beschluß einstimmig angenommen, in dem gegen die auf Anregung der obersten Polizeibehörde in Berlin bei führenden Männern der rheinisch-westfälischen Wirtschaft vorgenommenen Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen einstimmig Einspruch erhoben wird.

Das Reichsministerium hat gestern am späten Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, die bis nach 9 Uhr anhielt. Reichsminister des Innern, Dr. Brüning, nahm an den Beratungen teil. Auch der preussische Ministerpräsident, Ministerialdirektor Wegg und ein weiterer Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern waren zugegen. Die Sitzung bezweckte, die Rabinetsmitteilung über die Einheiten der preussischen Polizeigendarmerie in die Reichsbahn zu setzen. Es handelte sich lediglich um eine Aussprache, ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Im Direktionsbezirk Berlin haben gestern wieder Versammlungsbewilligungen stattgefunden. Die Berliner Versammlungsbewilligung in ihren gestrigen Bestimmungen eine mindestens dreijährige, Erhöhung als der Leistung angemessen bezeichnet. Die Reichsbahndirektion Berlin hat den Gewerkschaften erklärt, daß die Meldungen von einem neuen allgemeinen Personalabbau am 1. Juli unbegründet sind.

Die Mannesmann-Werkegesellschaft hat auf ihren Antrag an das Reich, nach finanzieller Einführung des Reiches in die zafokanischen Rechte Mannesmann, keine Zulage erhalten. Inzwischen sind außer von Amerika, auch von England und Italien Anträge an Mannesmann gegangen. — Die Einziehung der Entscheidung durch das Reich ist angehängt der Dringlichkeit des Mannesmannschen Angebots unverändert.

Reichsminister Dr. Marx hat an den Arbeitsausschuß deutscher Verbände anlässlich der Eröffnung der in München stattfindenden Ausstellung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände ein Begrüßungstelegramm gerichtet.

Die Ausrüstung der am 25. Mai im Saal in den deutschen politischen Streitkräften gefaßten Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes ist in Berlin eingegangen. Voraussetzungen sind nunmehr das Reichsjahresministerium mit der Ausarbeitung und Geltendmachung der deutschen Einzelanträge an Polen beauftragt worden. Auch hier ist bis zur Entscheidung auf Deutschland noch ein sehr weiter Weg.

Außer den Pariser Zeitungen von gestern beschäftigt heute auch die „Evening Times“, daß die Reichsregierung England und Frankreichs in Berlin informiert worden seien, die Ratifizierung des deutsch-russischen Vertrages werde nicht früher erfolgen, als Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund vollzogen sei. — Wir geben diese Meldungen mit allem Vorbehalt wieder.

Die deutsch-amerikanische gemischte Schiedsgerichtskommission gab 103 Entscheidungen über Ansprüche in Höhe von 600.000 Dollar bekannt. Hieron wurden 206.000 Dollar allein der Oriental Navigation Corporation in New York zugesprochen.

Der Wallländer „Secolo“ meldet aus Sibirien: Die Flotte hat die meistenten Offiziere angelernt und sich auf Seiten der neuen Militärregierung gestellt. In alle Regimentskassen des Landes wurden militärische Delegierte entsandt, die die Funktionen der schicksaligen Zentralräte in Italien ausübten. Damit ist auch Vorkrieg für den Bolschewismus beendet.

Die belgische Kammer nahm mit 111 gegen 3 Stimmen die 4 Stimmverhaltungen eines Gesetzesentwurfes an, der das Washington Abkommen über den Abfallbestand genehmigt.

Annahme der Locarnoverträge im französischen Senat.

„Deutschlands Zulassung zum Völkerbund, eine geschichtliche Katastrophe.“ — „Deutschlands militärische Lage wesentlich gebessert.“ — Die Angst vor dem Anstich Österreichs an Deutschland. — Trotz der Locarnoabstimmung behält Frankreich alle seine Verteidigungsmittel. — Brand für Wirtschaftsausschüsse mit Deutschland. — Keine Ausflüchte für die Wehrkraft.

Paris, 4. Juni. In der heutigen Sitzung des Senates wurde die Aussprache über die Ratifizierung der Verträge von Locarno fortgesetzt. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Hubert, führte aus, daß der deutsch-russische Vertrag von dem gleichen Geiste eingegeben sei wie der rheinische Sicherheitspakt. Locarno hätte also in gewisser Beziehung die deutsch-russischen Beziehungen beeinflusst und aus diesem Grunde schlage der Auswärtige Ausschuß die Ratifizierung vor. Locarno bedeute die direkte Verbindung mit Deutschland, sie könne aber erst eintreten, wenn die europäische Solidarität hergestellt sei. Das nehme man an.

unter der Bedingung, daß Locarno Versailles beizubehalten und daß man nicht auf die deutsche Klatsch verzichte.

Locarno sei ein großer Vertrag und eine große Hoffnung. Der rechtschöne Senator de la Vigne erklärte, er glaube nicht, daß Locarno den Krieg verhindern könne. Deshalb stimme er gegen die Regierung. Senator Merin erklärte, wenn man Locarno nicht annehme, würde man jede Sicherheitsgarantie verlieren. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund sei eine geschichtliche Katastrophe, deren Entwicklung man mit Wachsamkeit verfolgen müsse. Der radikale Senator Bourgeois schloß aus: Locarno habe nur Bedeutung, wenn Deutschland den Vertrag von Versailles erfülle. Die letzten Berichte der militärischen Kontrollkommission gäßen zu Befürchtungen Anlaß. Seit einem Jahre habe sich die militärische Lage Deutschlands wesentlich gebessert (!). Sobald Deutschland in den Völkerbund eingetreten sei, werde es sicher die militärische Gleichstellung mit den anderen Völkern fordern. Die Art und Weise, wie Deutschland den Versailles-Vertrag auszuführen wolle, müsse mitzuteilen werden. Der linksrepublikanische Abgeordnete Chembonot führte aus: Es sei leistung, wenn man die Debatte zu Ende gehen ließe, ohne die Frage des Anstichs Österreichs an Deutschland zu besprechen. In dem Memorandum, das dem Abkommen von Locarno vorangegangen sei, sei von den Ost- und Westgrenzen Deutschlands die Rede gewesen, aber von den Südgrenzen habe man noch nichts erwähnt. Auch werde in Deutschland Propaganda für den Anstich getrieben. In dem Vertrag von Locarno sei die Zukunft noch offen. Auch das Friedensverträge sei Österreich unterlag, sich an Deutschland angeschlossen, denn dadurch werde die Fischscholomakei eingetreten und der deutsche Traum „Mitteleuropa“ würde Wirklichkeit werden.

Deutschland dürfe nicht den Krieg gewinnen durch Anstich Österreichs.

Hierauf erging

den auch auf dem Gebiete der Wirtschaft würden Rechte geführt. Schließlich besprach Brand den deutsch-russischen Vertrag und warf die Frage auf, ob dieser Vertrag ein Neutralitätsvertragsvertrag geworden wäre, wenn die Abkommen von Locarno nicht bestanden hätten. Wir verlangen, erklärte er, daß der Locarnovertrag und das Völkerbundsstatut respektiert werden, und wenn Deutschland erklärt, daß es es respektieren werde, dann glaube er das. Er wolle den Frieden konsolidieren und alles fördern, was Frankreich vor einem neuen Kriege schützen könne.

Was Deutschland anbelangt, so könne man höhere Beweise über deutsche Friedfertigkeit. Er glaube nicht, daß das französische und das deutsche Volk dazu verdammt seien, sich fortgesetzt zu gegenseitigen. Im Völkerbund werde Deutschland bald kommen, daß es sich dem Willen anpassen müsse. An dem Tag, an dem Frankreich seine volle Sicherheit garantiert werde, sei es bereit, mit den anderen Nationen abzurufen.

Darauf wurde die Ratifizierung mit 272 gegen 6 Stimmen angenommen.

Ministerpräsident Briand

das Wort und erklärte: Das Abkommen von Locarno rechtfertige weder übertriebenen Enthusiasmus noch übertriebenen Pessimismus. Locarno muß man objektiv unter Berücksichtigung jeder Parteilichkeit betrachten. Auch ich würde als Urheber dieses Werkes das Gefühl selbstverständlicher Zuneigung hinterlassen. Auf die Frage, ob Locarno ein Plus um Versailles sei, erklärte Briand, er wolle nicht auf Verträge von Versailles kritisieren, aber er müsse doch feststellen, daß schon bei der Ratifizierung des Versailles-Vertrages Sorge um die Sicherheit laut geworden sei. Locarno nehme Frankreich nicht die Alltagsarbeit ab. Wenn eine ernste Beziehung erfolge, könne Frankreich sofort handeln und die Garantien zur Hilfe aufrufen. In ihrer Hilfe zu zweifeln, habe Frankreich kein Recht. Im übrigen behalte Frankreich alle seine Verteidigungsmittel. Wenn eine derartige Kombination 1914 bestanden hätte, hätte es sich Deutschland überlegt, einen Angriff zu wagen. Er betrete, daß man Deutschland gegenüber ein gewisses Mißtrauen habe, aber er sei der Ansicht, daß man abwarten müsse, doch könne er versichern, daß der deutsch-russische Vertrag für ihn eine gewisse Entlastung gewesen sei. Wenn man auch in der Vergangenheit gefehlt habe, „Si vis pacem, para bellum“ („Willst du Frieden, rüste zum Krieg“), so sei doch durch Locarno das System umgekehrt worden.

Brand fuhr dann fort:

Wit Locarno allein sei die Grundlage noch nicht beendet. Man könne auch Wirtschaftsausschüsse

den auch auf dem Gebiete der Wirtschaft würden Rechte geführt. Schließlich besprach Brand den deutsch-russischen Vertrag und warf die Frage auf, ob dieser Vertrag ein Neutralitätsvertragsvertrag geworden wäre, wenn die Abkommen von Locarno nicht bestanden hätten. Wir verlangen, erklärte er, daß der Locarnovertrag und das Völkerbundsstatut respektiert werden, und wenn Deutschland erklärt, daß es es respektieren werde, dann glaube er das. Er wolle den Frieden konsolidieren und alles fördern, was Frankreich vor einem neuen Kriege schützen könne.

Was Deutschland anbelangt, so könne man höhere Beweise über deutsche Friedfertigkeit. Er glaube nicht, daß das französische und das deutsche Volk dazu verdammt seien, sich fortgesetzt zu gegenseitigen. Im Völkerbund werde Deutschland bald kommen, daß es sich dem Willen anpassen müsse. An dem Tag, an dem Frankreich seine volle Sicherheit garantiert werde, sei es bereit, mit den anderen Nationen abzurufen.

Darauf wurde die Ratifizierung mit 272 gegen 6 Stimmen angenommen.

Keine Entspannung in Ägypten.

Die Kriess vor dem Hüppent.

Der Wallländer „Corriere della Sera“ meldet aus Kairo: Die Lage ist durch den Bericht des Oppositionsführers Zaghat Basha auf die Militärvorherrschaft nicht entspannt. Die englisch-sindischen Beziehungen dauern fort, ebenso wie die englischen Truppentransporte. Die allgemeine Stimmung ist, daß Kegypten vor künftigen Erschütterungen steht und daß die englisch-sindische Militärsituation das Land in die Gefahr eines Krieges bringe. Aus Kairo reisen viele Ausländer ab.

Der Wallländer „Secolo“ schreibt zu den Vorgängen in Ägypten: In eine freiwillige Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten, die von der Parlamentariermehrheit als Bedingung für eine Beendigung mit England gefordert wird, glaubt kein Mensch. Infolgedessen treibt die ägyptische Frage ihre Kräfte zu. Die Wahrung der Machtfrage in Ägypten bedeutet aber auch die Wahrung der ganzen Mittelmeerzone und ist somit leicht Ausgangspunkt einer neuen Weltkrise, wie 1914.

Der auf künftige Wogen.

Nach japanischen Blättern sollen die Summen, die zur Sühne für die Ermordung des Kaisers angeboten worden sind, u. a. zur Gründung eines ähnlichen Laboratoriums in Kanton und eines Laboratoriums zur Bekämpfung der Gezeiten verwendet werden.

„Heeres- und Flottenarsenale sind keine Friedensrüstungen.“

Aus Genf wird gemeldet: Der Militär-Ausschuß der Abrüstungskommission hat gestern in Fortsetzung seiner Beratungen über den Bericht der Friedenskommission zu dem Kapitel der Rüstungsgegenstände beschlossen, daß Kriegsschiffe von der Abrüstung betroffen werden sollen, daß dagegen Heeres- und Flottenarsenale nicht unter den Begriff der Friedensrüstungen fallen und in die spätere Abrüstung nicht einbezogen werden sollen. Die gegenteilige hauptfällige von den Deutschen und den brasilianischen Militärs und Marineoffizieren vertretene Auffassung, daß der Begriff der Friedensrüstung möglichst weit gefaßt werden müsse, wenn die Durchführung einer wirksamen Abrüstung später möglich sein soll, konnte trotz lebhafter und klarer Darlegung ihrer Gründe nicht durchbringen.

Das Kriegsdepartement der U.S.A. hat die von Deutschland zu erstattenden Rosten für die amerikanische Besatzungsarmee aus 291.905.296 Dollar festgesetzt. Daraus hat Deutschland bereits 51.725.844 Dollar bezahlt.

Aus London wird gemeldet, daß die deutsche Regierung beabsichtigt habe, wegen der Nichtverwirklichung der Zahl der Besatzungstruppen im Rheinland bei den Alliierten wieder vorzulegen zu werden. Die englische Regierung hat jedoch geäußert, daß sie nicht in der Lage sei, in diesem Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Die Hohenzollern haben verzichtet.

vor 130 Jahren auf die Domänen, außer der Küstung, vor 100 Jahren auf die Küstung außer 2 1/2 Millionen Taler, am 12. Oktober 1925 auf die 2 1/2 Millionen Taler und außerdem auf 83 Prozent des verbleibenden Vermögens.

Auf wieviel hat die Seele des ganzen Enteignungsummels, Millionen Dr. Rosenfeld, verzichtet.

Der deutsch-evangelische Kirchen-ausschuß gegen den Volksentscheid.

Auf seiner Tagung vom 2. bis 5. Juni in Eisenach hat der Deutsche evangelische Kirchen-ausschuß zum Volksentscheid über die Fünftenteilung folgende Entschließung gefaßt:

Angesichts des bevorstehenden Volksentscheides erklärt der Deutsche evangelische Kirchen-ausschuß, ohne zu den politischen und juristischen Fragen Stellung zu nehmen, vor der Öffentlichkeit: Die geplante fünfteilige Entzweiung bedeutet die Entzweiung deutscher Volksgenossen und widerspricht klaren und unzweideutigen Grund-sätzen des Evangeliums.

David Lloyd George.

Von unserem Londoner Vertreter.

David Lloyd George ist ansehend an einem neuen Wendepunkt seiner reichsweiten politischen Laufbahn angekommen. Alle Blicke sind wieder auf den begnadigten kleinen Mann gerichtet. Wird er aus der liberalen Partei austreten? Wird er aus der Arbeiterpartei übergehen? Wird er eine liberal-katholische oppositionelle Koalition bilden?

Lloyd George ist ein Mann des Volkes. Er geht nicht mehr um parlamentarische Angelegenheiten, sondern um die Interessen der Massen. Er ist ein Mann der Ideen. Heute, die in der parlamentarischen Welt, aber er ist im privaten Verkehr und im Gespräch recht kleinbürgerlich mit einem Blick ins Bürgertum. Lloyd George wirkt er erst von der Arbeit zurück, aber er ist ein anderer Mensch: Bereit, fortzuehen, halb Dichter, halb Prophet. Zwischen dem müde, lastvoll, und gelegentlich dramatisch-ordinär. Er zieht die Bibel, Shakespeare, Milton, und während er noch in Begleitung glückt und Kopf und Arme bewegt, daß die lange weiße Kinnfahne flattert, bricht er den Bann, der seine Höre gefesselt hält, mit einem Blick. Es mag nicht immer ein selbsterlösender Blick, aber es ist ein Blick, der sich durch David Lloyd George, und das betrifft das drohende Geleit, das ihm folgt.

Eine Rede Lloyd Georges in der Zeitung mimmelt stets von Anmerkungen in Klammern: Reichlich, kirchliche Freiheit, Handeltreiben, munterer Applaus, ein Geste, das die Stärke ist die Art und Weise, wie er ununterbrochene Zwischenfälle und Störungen behandelt. Seine Schilfsgeheimnisse und Schilfsgeheimnisse sind hermitisch, aber es ist ein Mann, der sich durch einen widerstrebenden Zwischenschritt seinem Spott aussetzt. Wie ein Tiger springt er auf und erledigt ihn mit ein paar farsichtigen Worten.

Lloyd George ist 63 Jahre alt. Seine Vorzeichen waren Wälder, obwohl er selbst in Manchester geboren wurde. Sein Vater, ein Knaben-schüler, hat sich nach der Geburt des Knaben und ließ eine mittellose Familie zurück. Da die Mutter nicht imstande war, sich und ihre Kinder zu ernähren, so sie zu ihrem Bruder, einem Schüler in einem Walliser Dorf. Unter der Obhut dieses Onkels wuchs Lloyd George auf. Der Schüler war, wie Schüler es häufig sind, ein das Gewerbe mit sich zu bringen scheint, ein nachdenklicher Mann, der den Dingen auf den Grund zu gehen liebt und sich seine eigene Lebensphilosophie bildet.

Seine Berufswahl war zur Feinbearbeitung der Verwalterungsklausur der Dorpsmeister und das erste Forum, in dem der junge David seine Rede- und Debattefähigkeit erproben konnte. Er sprach sich, und englisch lernte Lloyd George erst später als Fremdsprache. Er besuchte die Hochschule, darauf eine Art Mittelschule, ging dann zu einem Rechtsstudium in die Berge, lernte ein Examen ab und ließ sich, 21 Jahre alt, als Solicitor in einer kleinen malitösen Stadt nieder. Der englische Solicitor ist eine Art halbamtlicher Rechtsanwalt, im Gegensatz zum „King's Counsel“, der der höchsten Stufe der Anwälte ist. Der „Solicitor“ kann nur vor dem Richter und Schiedsgerichte plädieren.

Lloyd George ergriff es wie keinem anderen politischen Gänger, Joseph Chamberlain. Er kümmerte sich wenig um sein Geschäft und nahm am parlamentarischen Leben an den Tagen der öffentlichen Reden. Neben ihm die Politik im Parlament. Lloyd George war bald eine lokale Bekanntheit, und im Jahre 1890 ergriffen ihn der Weltfame. Er wurde Mitglied des Parlamentes, trat in das Unterhaus ein. Bald darauf wurde er, obwohl der liberalen Partei angehörig, seinen Kollegen. Die liberalen Partei der liberalen Partei

